

# ITA

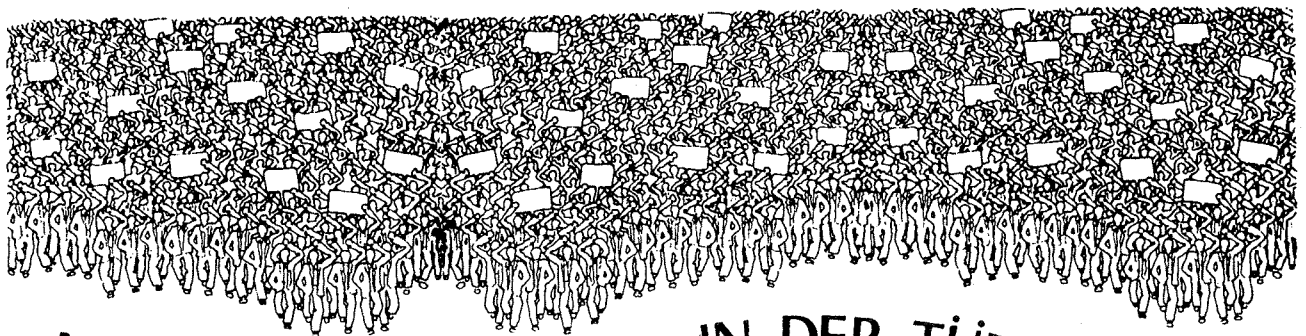
# BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR  
INFO-TÜRK AGENCY**

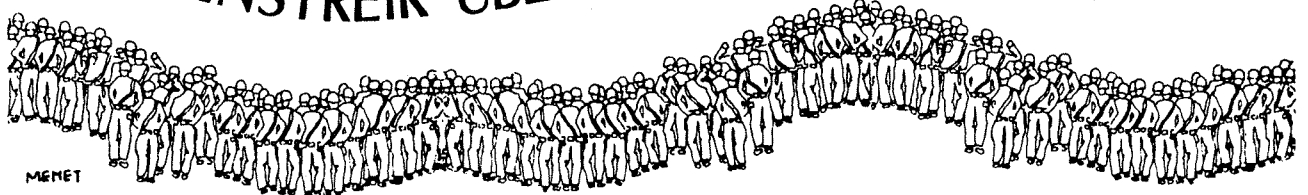
**MONATLICHES INFORMATIONSBLATT**  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 0032 - 2-230 34 72 Belgien

4. Jg. - März 1980  
Deutsche Ausgabe Nr.17  
Preis: 1,50 DM  
Jahresabonnement: 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt



## MASSENSTREIK ÜBERALL IN DER TÜRKEI



ISTANBUL (ITA) - Gemäß einem Beschluß der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) haben die ihr angeschlossenen Einzelgewerkschaften zu Streikmaßnahmen aufgerufen, an denen sich etwa 100 000 Arbeiter in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben beteiligen.

Nach einer gemeinsamen Sitzung der Sekretariate und Vorstände der Einzelgewerkschaften wurde Anfang Februar 1980 der Beschluß gefaßt, gegen die jüngsten ökonomischen und politischen Maßnahmen der Regierung Demirel vorzugehen.

Die DISK will mit Entschlossenheit und allen zur Verfügung stehenden Mitteln diesen neuerlichen Angriff auf die Arbeiterklasse abwehren, falls notwendig, werden ihre Mitglieder in einen Generalstreik treten. Auch andere Maßnahmen, wie z.B. regionale Streiks oder Sympathie- und Unterstützungstreiks, Massenversammlungen und Demonstrationen gegen die Unterdrückung und die undemokratische Behandlung der Arbeiterschaft sind vorgesehen. Eine erste Aktion dieser Art wurde erfolgreich in Izmir durchgeführt, wo die Arbeiterschaft heldenhaften Widerstand gegen die Entlassung von 11 000 Arbeitern des staatlichen agro-industriellen Konzerns TARIS geleistet haben. (Vgl. BULLETIN, Februar 1980)

Parallel zu dem Widerstand in Izmir haben drei der DISK angeschlossenen Gewerkschaften Streikmaßnahmen beschlossen, bei denen 71 500 Arbeiter in den Ausstand traten. Die Metallarbeitergewerkschaft (MADEN-IS) beschloß für den 3.März 1980 einen Streik in 115 Betrieben, an dem 35 000 Metallarbeiter teilnahmen; die Textilarbeitergewerkschaft (TEKSTIL) begann bereits am 17.Februar in 77 Betrieben mit 30 000 Arbeitern einen Streik. In der Zwischenzeit gingen auch 6 500 Angestellte der Türkischen Fluggesellschaften, die in der HAVA-IS organisiert sind, in Streik, wodurch alle Flüge der staatlichen Luftfahrtgesellschaften betroffen sind.

Obwohl der andere große Gewerkschaftsverband TÜRK-IS sich gegen die Entscheidungen der DISK ausgesprochen hat, begann eine der größten ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften, die Gewerkschaft der Arbeiter in der Staatlichen Lebensmittelindustrie (TEK GIDA-IS), am 21.Februar einen Streik in allen staatlichen Lebensmittelfabriken, an dem 64 000 Arbeiter teilnehmen. Hinzu kommt, daß in vielen kleineren Betrieben insgesamt 7 700 Mitglieder der TÜRK-IS und 1 700 Mitglieder der DISK sich im Streik befinden.

In Kürze werden die Lohnverhandlungen für 600 000 in staatlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter und Angestellte beginnen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch diese Betriebe dann bestreikt werden.

Der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung Türkischer Textilindustrieller Halit Narin sagte dazu: "Die Vorgänge sind Teil des Plans der DISK, einen landesweiten Generalstreik herbeizuführen, und sie haben ideologische Hintergründe und Motive ...".

Auf diese Denunziation von Arbeitgeberseite hin eröffnete der Oberste Staatsanwalt eine Untersuchung gegen das Sekretariat der DISK bezüglich seiner Entscheidung für einen Generalstreik. Auch die Kriegsrechtsbehörde der Provinz Istanbul kündigte in einem Kommuniqué an, daß erwogen werde, mit rechtlichen Schritten gegen die Gewerkschaft vorzugehen, falls die Gesetze und Kriegsrechtsvorschriften mißachtet würden.

#### LÖHNE UND GEHÄLTER STAGNIEREN

Während Staatsanwälte und Behörden jede Möglichkeit suchen, die Gewerkschaften einzuschüchtern, während die Sicherheitskräfte mit Panzerfahrzeugen, Hubschraubern und Flugzeugen gegen Widerstand leistende Arbeiter vorgehen, begann die Regierung Demirel auf Vorschlag des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Gesetzesvorhaben zu prüfen, mit dem alle Löhne und Gehälter für fünf Jahre eingefroren werden sollen.

Besonders in den letzten Jahren sind die Preise schockartig gestiegen, während Löhne und Gehälter ihre Kaufkraft verloren. Nach einer Untersuchung der DISK-Forschungsabteilung ergibt sich folgende Übersicht über die Preis- und Lohnentwicklung bezogen auf Arbeiter, die von der Sozialversicherung betroffen sind: (x)

Jahr	Mtl.Nominallohn	Index	Nominallohn	Preisindex	Index	Reallohn
1970	365 TL	100,0		100,0		100,0
1971	948 TL	109,0		119,0		91,6
1972	1 034 TL	119,5		137,3		87,0
1973	1 228 TL	142,0		156,6		90,7
1974	1 491 TL	172,4		194,0		88,6
1975	1 778 TL	205,0		235,1		87,2
1976	2 248 TL	259,7		276,1		94,1
1977	2 759 TL	319,0		347,9		91,7
1978	3 648 TL	421,7		563,2		74,9
1979	4 290 TL	496,0		812,6 (xx)		61,0 (- 39 %)

(x) Von den 17 Millionen Bürgern im arbeitsfähigen Alter sind nur 4,8 Millionen in das Sozialversicherungssystem einbezogen. Für die restlichen mehr als 12 Millionen Arbeitskräfte gilt weder die Mindestlohngarantie, noch können sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

(xx) Nach Angaben des Handelsministeriums betrug 1979 die Preissteigerung 63,9%. Hinzu kommt, daß die Türkische Lira Anfang 1980 um 48,9% abgewertet wurde.

**POLITISCHE MORDE VOM  
18/2/80 bis 13/3/980**

Istanbul	54
Ankara	19
Diyarbakır	8
Mersin	7
Urfa	7
Hatay	6
Mardin	6
Samsun	6
Malatya	5
Ordu	5
Adana	4
Antalya	4
Bursa	4
İzmir	4
Konya	3
Maras	3
Tokat	3
Artvin	2
Erzurum	2
Gaziantep	2
Manisa	2
Trabzon	2
Aydın	1
Bingöl	1
Corum	1
Edirne	1
Eskişehir	1
Kayseri	1
Sivas	1
Sinop	1
Uşak	1

Gesamt 167

4 MONATEN IN DER  
DEMİREL ZEIT 873

GESAMTZAHT 4 JEAHREN  
UND 2 MONATEN 3083

Unter diesen Umständen bleibt der türkischen Arbeiterklasse kein anderes Mittel als der Streik, und wenn die Kriegsrechtsbehörden und Regierungskräfte die Bewegung mit Gewalt unterdrücken, dann wird erneuter aktiver Widerstand unvermeidbar sein.

HUNDERT TAGE REGIERUNG DEMİREL

Als Demirel Premierminister wurde, versprach er alle Probleme der Türkei, politische Gewalt, Preissteigerung, Versorgungsengpässe, in den Griff zu bekommen. Doch die Bilanz nach 100 Tagen ist ein totaler Bankrott. Politische Morde haben an Zahl gegenüber der Regierungszeit Ecevit's noch zugenommen, die Inflation hat eine Rekordmarke erreicht und die Türkische Lira ist um etwa 50% im Wert gesunken. Hinzu kommt, daß die türkische Bevölkerung wegen des Mangels an Brenn- und Heizstoffen unter einen strengen Winter hart zu leiden hat.

Das Militär hat seinen Einfluß auf die Tagespolitik verstärkt und das Parlament veranlaßt, neue antidemokratische Gesetze zu beschließen. Das Kriegsrecht wurde ausgeweitet. Die Regierung hat jetzt unter dem Druck der Armeekommandeure Vorbereitungen für die Verabschiedung eines Gesetzes getroffen, das die Bildung einer Übergangs-Notstandsregierung für den Fall einer Aufhebung des Kriegsrechts vorsieht.

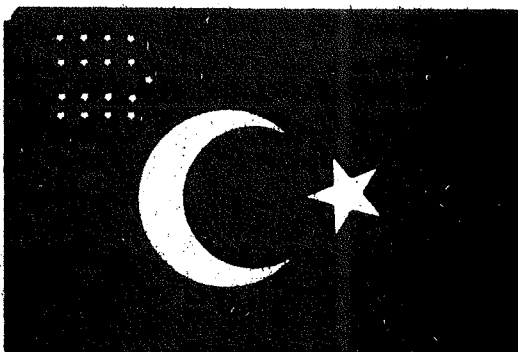
Im Felde der internationalen Politik hat die türkische Regierung alle Vorschläge des US-Imperialismus akzeptiert und ein Militärabkommen unterzeichnet, in dem den USA der Betrieb von 26 Stützpunkten in der Türkei genehmigt wird.

Und während gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei mit aller Strenge vorgegangen wird, können die "Grauen Wölfe" der neofaschistischen MHP ihre Anschläge, Provokationen und Morde ungehindert ausführen. Am 1. März wurde ein Mitglied der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Ahmet Demir, von ihnen erschossen; am 22. Februar fielen ihnen zwei Mitglieder der Jugendorganisation GENÇ-ONÇU zum Opfer: Naim Oguz und Osman Oguz.

Tausende politischer Gefangener befinden sich unter unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis.

SOLIDARITÄT MIT DEN FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTEN IN DER TÜRKEI

Der stellvertretende Vorsitzende der DISK Mukbil Zirtilolu rief während seines Besuchs in Brüssel Ende Februar alle demokratischen Kräfte in Europa zur Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften der Türkei auf. Er erklärte auch, daß die Gewerkschaftsbewegung der Türkei dadurch gestärkt werden könne, wenn der Antrag der DISK auf Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund angenommen wird. (C-M-DG-15/3)



FLAGGE FÜR "UNABHÄNGIGEN TÜRKISCHEN STAAT AUF ZYPERN"

Ermuntert von den Machthabenden in der Türkei hat der autoritäre Führer der türkischen Gemeinde auf Zypern Rauf Denktash bekanntgegeben, daß er im nördlichen Teil der Insel einen "unabhängigen türkischen Staat" gründen will; er hat sogar schon den Entwurf einer Flagge für diesen Staat in Auftrag gegeben. Der Entwurf entspricht dem Vorbild der türkischen Nationalflagge. Die 17 Sterne in der oberen linken Ecke sollen darauf hinweisen, daß dieser neue Staat bis heute die siebzehnte Staatengründung von Türken gewesen sei.

(M-DG-26/11)

VORSITZENDE DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP) VOR EINEM MILITÄRGERICHT

ANKARA (ITA) - Der Druck auf die demokratischen Kräfte in der Türkei hat dermaßen zugenommen, daß die Vorsitzende einer sozialistischen Partei wegen einer Wahlrede in einem Kommunalwahlkampf vor ein Militärgericht gebracht wird. Die TIP-Vorsitzende Behice Boran steht zur Zeit vor dem Militärgericht in Ankara; sie wird beklagt, "kommunistische Propaganda in ihren Wahlreden vor den Wahlen vom 14. Oktober verbreitet" zu haben. Der Militärstaatsanwalt der Provinz Ankara hat auch Untersuchungen gegen den Vorsitzenden der neofaschistischen MHP und ihrer "Grauen Wölfe" Türkes, sowie gegen Demirel, den Vorsitzenden der rechtsgerichteten Gerechtigkeitspartei und gegenwärtigen Premierminister eingeleitet, er entschied jedoch später, daß in ihren Reden keine Rechtsverletzungen zu finden seien, während er für Frau Boran eine Gefängnisstrafe von 18 bis zu 39 Jahren forderte.

Grundlage der Anklage gegen Frau Dr. Boran ist der Artikel 141 Abs. 1 bis und 6 Artikel 142 Abs. 3 und 6 des türkischen Strafrechts. der 1936 vom Mussolinischen Strafgesetzbuch übernommen worden war.

Die 70-jährige Behice Boran war und wird immer eines der Hauptangriffsziele der reaktionären Kräfte der Türkei sein. Während des Militärregimes, das aus dem Staatsstreich vom 12. März 1971 hervorging, wurde sie zu 15 Jahren Haft verurteilt, und sie mußte die Strafzeit unter unmenschlichen Bedingungen in Adapazari bis zum Juli 1974 absitzen, dem Zeitpunkt, an dem sie zusammen mit allen anderen politischen Gefangenen amnestiert wurde.

Diese mutige und starke Frau hat ihr gesamtes Leben dem Kampf gegen den Faschismus und für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus gewidmet. Sie befand sich auch unter denen, die zur Zeit der Diktatur der Einheitspartei von 1923 bis 1946 für Demokratie eintraten. Sie führte diesen Kampf in jenen Jahren mit Hilfe von Zeitschriften namens "Das Land und die Welt" und "Die Schritte". Nach ihrer soziologischen Doktorarbeit an der Universität Michigan in den USA nahm sie eine Lehrtätigkeit an der Philosophischen Fakultät der Universität Ankara auf. Sie analysierte die sozialen Strukturen der Türkei und wurde dabei eine Zielscheibe der verstärkt einsetzenden faschistischen Offensive der herrschenden Klasse die sich besonders gegen fortschrittliche Mitglieder des Lehrkörpers richtete. 1946 wurde sie entlassen.

Wenig später wurde sie Vorsitzende der 1950 gegründeten "Vereinigung der Friedensfreunde". Als diese Organisation gegen die Entsendung türkischer Soldaten nach Korea protestierte, wurde sie verboten, und ihre Führer wurden verhaftet und erhielten hohe Gefängnisstrafen. Im Gefängnis brachte Frau Boran ihren einzigen Sohn zur Welt.

In der relativ demokratischen Atmosphäre der sechziger Jahre gewann Frau Boran ihre politischen Rechte zurück, und sie trat 1962 der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) bei, womit sie ihren Kampf in der einzigen legalen sozialistischen Organisation der Türkei fortführte. In der Legislaturperiode von 1965 bis 1969 vertrat sie als eine von 15 TIP-Abgeordneten die Interessen der Arbeiterklasse im Parlament. Im Jahre 1970 zunächst zur Sekretärin, später zur Vorsitzenden der TIP gewählt. Im Jahre darauf wurde die Arbeiterpartei der Türkei verboten, und ihre Führer wurden verhaftet und verurteilt.

Bei der Neugründung der TIP am 1. Mai 1975 erscheint ihr Name als einer der Gründer, und sie wurde auf dem ersten Parteitag einstimmig zur Parteivorsitzenden gewählt. In den Jahren 1977 und 1979 wurde sie jeweils wiedergewählt. Im letzten Jahr wurde sie wiederum verhaftet, als sie zusammen mit ihren Genossen gegen das Demonstrationsverbot zum 1. Mai in Istanbul protestierte; sie wurde vom Militärgericht in Istanbul zu 25 Tagen Gefängnis verurteilt.

- - -

FORTSCHRITTLICHE PRESSE UND INTELLEKTUELLE UNTER DRUCK

ANKARA (ITA) - Die Kriegsrechtsbehörden und andere staatliche Institutionen haben ihren Druck auf die fortschrittliche Presse und Intellektuelle erheblich verstärkt.

Am 19. Februar 1980 hat das Kriegsrechtskommando von Istanbul die sozialistische Tageszeitung Politika verboten; ihr wird vorgeworfen, "kommunistische und separatistische Propaganda betrieben" zu haben und "die Bevölkerung zur Mißachtung von Gesetzen aufgerufen" zu haben. Der Militärstaatsanwalt verfügte auch die Verhaftung des Herausgebers der Zeitung, Osman Ikiz, sowie dreier Redakteure, Aydin Engin, Özlem Özgür und Akin Ergene.

Desweiteren wurden von Staatsanwälten drei verschiedene Ausgaben der sozialistischen Wochenzeitschrift Yürüyüş und eine Ausgabe der progressiven Tageszeitung Demokrat beschlagnahmt. Herausgeber und Redakteure dieser Presseorgane stehen ebenfalls unter Anklage.

Die Behörden benutzen immer willkürlichere und gewaltsamere Methoden, um die Herausgeber fortschrittlicher Zeitungen einzuschüchtern. Am 21. Januar 1980 durchsuchten einige Beamte in Zivil das Druckhaus der Wochenzeitschrift Yürüyüş und beschlagnahmten druckfertiges Material.

Das Postscheckamt sperrte das Konto von Yürüyüş, so daß die hierauf eingezahlten Abonnementsgelder zur Zeit nicht benutzt werden können.

In Ankara wurde am 8. März 1980 der Chef des "Sol"-Verlags Muzaffer Erdost von den Kriegsrechtsbehörden verhaftet; auch ihm wird "kommunistische Propaganda" vorgeworfen; alle Bücher mit vermeintlich "kommunistischer Propaganda" wurden beschlagnahmt. "Sol" ist einer der ältesten und hervorragendsten fortschrittlichen Verlage in der Türkei. Er brachte als erster die Werke von Marx, Engels und Lenin in einer türkischen Übersetzung auf den Markt. (C-M-DG-9/3)

AUFFÜHRUNGSVERBOT FÜR PREISGEKRÖNTEN TÜRKISCHEN FILM IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Der türkische Film "Düşman" (Feind), der von der Internationalen Katholischen Film Organisation bei den diesjährigen Berliner Filmfestspielen ausgezeichnet wurde, darf nach einem Spruch der türkischen Filmzensurstelle in der Türkei nicht aufgeführt werden.

Der Film beschreibt die Situation der Armen in der Türkei, die unter der Arbeitslosigkeit, sozialen Problemen und der Blutrache zu leiden haben. Die Berliner Film-Jury zeichnete den Film aus, weil er "die soziale Situation und menschliche Werte erfolgreich wiedergibt". (H-C-DG-7/3)

BÜRGERMEISTER VOR GERICHT: ANKLAGE WEGEN "SEPARATISMUS"

DIYARBAKIR (ITA) - Der Bürgermeister von Diyarbakir Mehdi Zana steht vor einem Militärgericht dieser südöstlichen Provinz; er wird beschuldigt, "separatistische Propaganda betrieben" zu haben. Der Militärstaatsanwalt beklagt ihn, von den Rechten des kurdischen Volkes in der Türkei gesprochen zu haben, während er wegen eines anderen Verfahrens im Militärgefängnis saß.

Diyarbakir ist eine der südöstlichen Städte der Türkei, in der die große Mehrheit der Bevölkerung kurdischen Ursprungs ist. Historisch wird diese Stadt als das Zentrum des kurdischen Teils der Türkei betrachtet.

Mehdi Zana wurde Ende 1977 als unabhängiger Kandidat mit Unterstützung verschiedener politischer Kurdengruppen zum Bürgermeister gewählt.

Das türkische Strafrecht verbietet es, über die Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei zu sprechen und seine fundamentalen Rechte zu verteidigen. (M-DG-19/1)

VORSITZENDE DER VEREINIGUNG ALLER LEHRER VOR GERICHT

ANKARA (ITA) - Am 2. März 1980 begann vor dem Militärgericht in Ankara die Verhandlung gegen den Vorsitzenden und andere Führer der Vereinigung aller Lehrer der Türkei (TÖB-DER).

Der Vorsitzende Gültekin Gazioglu und seine 18 Kollegen werden vom Militärstaatsanwalt beschuldigt, "kommunistische und separatistische Propaganda" betrieben und "das Vereinigungsrecht verletzt" zu haben; der Staatsanwalt forderte für jeden der Angeklagten eine zehnjährige Freiheitsstrafe. Dennoch wurden bereits sechs der Angeklagten am ersten, die übrigen am zweiten Verhandlungstag auf freien Fuß gesetzt. Die Gerichtsverfahren dauern an.

Die Vereinigung aller Lehrer der Türkei wurde von der Kriegsrechtsbehörde Ankara zusammen mit anderen demokratischen Organisationen wie POL-DER, TUM-DER, TUTED, GENÇ-ÖNCÜ, İGD und İKD verboten. (C-M-H-DG-14/3)

UNTERSUCHUNG GEGEN ECEVIT-PARTEI WEGEN BEITRITT ZUR SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE

ANKARA (ITA) - Das Büro des Obersten Staatsanwalts forderte die Republikanische Volkspartei (CHP) auf, detaillierte Informationen über die Verbindungen der Partei zur Sozialistischen Internationale (SI), den politischen Standort dieser Organisation und die Geschichte der CHP-Mitglied darin zu geben.

Die CHP trat 1978 der SI bei und ihr Vorsitzender Ecevit nahm an dem Jahrestreffen in Wien Anfang Februar teil.

Das Büro des Obersten Staatsanwalts teilte zusätzlich mit, daß die Untersuchung nach Aufforderung durch die neofaschistische MHP des Oberst Türkes eingeleitet wurde. Türkes vertritt den Standpunkt, daß das türkische Parteiengesetz den politischen Parteien jedes außenpolitische Engagement verbiete, und da die CHP organisatorische Verbindungen mit der Internationale habe, sollte sie vom Verfassungsgericht verboten werden.

Nach Prüfung der Antwort des CHP-Generalsekretär entschied der Oberste Staatsanwalt jedoch, daß es keinen Grund für rechtliche Schritte gegen diese Partei gebe und daß die Mitgliedschaft in der SI keine Verletzung des Parteiengesetzes darstelle. (C-M-H-DG-14/3)

GERECHTIGKEITSPARTEI BAUT ORGANISATORISCHE VERBINDUNGEN ZUR BUNDESREPUBLIK AUS

BONN/ANKARA (ITA) - Während seiner letzten Reise in die Bundesrepublik Deutschland beschuldigte Oppositionsführer Bülent Ecevit die Gerechtigkeitspartei (AP) und die Nationale Bewegungspartei (MHP), die politische Gewalt von der Türkei nach Westdeutschland zu exportieren.

Tatsächlich hat sich die neofaschistische MHP seit 1974 in verschiedenen Formen in europäischen Ländern organisiert. Zur Zeit sind alle europäischen Unterorganisationen dieser Partei einer Zentrale in Frankfurt angeschlossen.

Was die AP betrifft, so hat ihr Vorsitzender Demirel ebenfalls damit begonnen, seine Partei in der Bundesrepublik zu organisieren, um ein Überlaufen seiner Anhänger an die MHP zu verhindern.

Die Unterorganisationen der AP in Westdeutschland heißen "Vereinigung Freier Türken" (HÜR-TÜRK) und werden aktiv von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) unterstützt. Am 7. Februar 1980 besuchte eine CDU-Delegation die Türkei und traf sich mit Demirel und anderen AP-Führern.

In internationalen Organisationen, wie z. B. dem Europarat, arbeitet die AP ebenfalls in den gleichen politischen Fraktionen wie die CDU. (C-M-H-DG-8/2)

WACHSENDES DEUTSCHES INTERESSE AN DER TÜRKEI

ANKARA/BONN (ITA) - Der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt wiederholte in New York noch einmal, daß die Türkei und Pakistan für die Bundesrepublik die "Eckpfeiler westlicher Positionen" darstellen, und er versprach, die Hilfe für beide Länder auszuweiten.

Schmidt sagte dies unmittelbar nachdem bekannt wurde, daß die Vereinigten Staaten ihre diesjährige Wirtschaftshilfe an die Türkei auf 200 Millionen Dollar begrenzen wollen, was im Zusammenhang mit der geplanten Kürzung des amerikanischen Haushalts um 2 Md. Dollar steht.

Der westdeutsche Finanzminister Mathöfer nahm als Koordinator des OECD-Hilfsprogramms für die Türkei in den letzten Wochen Kontakte mit Politikern in allen westlichen Hauptstädten auf, um eine Erhöhung der Hilfe für das rückständigste NATO-Land zu erreichen.

Doch die Entscheidung der amerikanischen Regierung, ihre Hilfe von 248 Millionen Dollar (wie im Vorjahr) auf 200 Millionen Dollar zu senken, wird auch die anderen OECD-Länder zu weit weniger großer Hilfsbereitschaft veranlassen, so daß die zunächst erwartete OECD-Hilfe in Höhe von 1,1 bis 1,2 Md. Dollar zur Zeit völlig in Frage steht.

Die türkische Regierung richtet nun all ihre Hoffnungen auf die Bundesrepublik Deutschland.

#### Leopard-Panzer für die Türkei und türkisch-deutsches Tourismus-Abkommen

Am 4. März 1980 haben in Bonn Gespräche über die Lieferung deutscher Leopard-Panzer an die Türkei begonnen. Einem Bericht in der deutschen Tageszeitung "Die Welt" zufolge soll die die letzten Jahr eingestellte Produktion von Leopard-I-Panzern wiederaufgenommen werden und die Türkei etwa 60-70 Exemplare dieser Waffe erhalten.

Bereits einen Tag zuvor, am 3. März, wurde in Bonn ein Vertrag über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus unterzeichnet. Das Abkommen betrifft Touristik-Investitionen in der Türkei, die Ausbildung von Personal und die gemeinsame Verwaltung touristischer Einrichtungen.

Bereits Anfang Januar führte eine Delegation deutscher Industrieller unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden der Thyssen AG Dr. Schäfers Gespräche mit der türkischen Regierung in Ankara. Dabei ging es um eine Serie gemeinsamer Projekte, die in der Türkei realisiert werden sollen.

Eine von der Thyssen AG und der großen türkischen Finanz-Holding Eczacibasi gebildete gemeinsame industrielle Organisation namens "TÜRK-INVEST" arbeitet derzeit an drei Gemeinschaftsprojekten: Fleischverarbeitung, Tourismus und Wohnungsbau. (C-DN-M-8/3)

#### NEUES REKORDEFIZIT IN DER TÜRKISCHEN HANDELSBILANZ

ANKARA (ITA) - Nach einer von der Regierung veröffentlichten Prognose wird die Türkei in diesem Jahr ein Handelsbilanzdefizit von 4,3 Md. Dollar haben. Das Programm für 1980 sieht Importe im Werte von 7,5 Md. Dollar gegenüber Exporten in Höhe von 3,2 Md. Dollar vor.

Die türkische Regierung erwartet Überweisungen türkischer Arbeiter aus dem Ausland in Höhe von 1,5 Md. Dollar und weitere 650 Millionen Dollar aus anderen ausländischen Deviseneinkünften.

Das würde insgesamt zu einem Defizit von 3,45 Md. Dollar für 1980 führen. Hinzu kommen fällig gewordene Rückzahlungen von Auslandsschulden in Höhe von 2,5 Md. Dollar (Tilgung und Zinsen).

Die Türkei benötigt daher für das Jahr 1980 Auslandshilfe und Kredite von 4,65 Md. Dollar, um ihre Bilanz ausgleichen zu können.

Einfuhrbeschränkungen im letzten Jahr und die ständig wachsenden Ölpreise führten zu einer ständig sinkenden Produktivität der türkischen Industrie, die gegen Ende des Jahres 1979 nur noch 30% ihrer Kapazitäten auslasten konnte. Die Regierung hofft, in diesem Jahr für 2,5 Md. Dollar mehr Güter importieren zu können als im Vorjahr. (C-DN-DG-29/2)

#### TÜRKISCHES GOLD WIRD INS AUSLAND GESCHMUGGELT

ANKARA (ITA) - Während bis vor kurzem Goldbarren in großer Zahl in die Türkei hineingeschmuggelt wurden, hat sich die Schmuggelrichtung nun wegen der astronomischen Goldpreissteigerung in der Welt umgekehrt. Die mangelnde Liquidität in der Türkei und die hohen Goldpreise am Weltmarkt veranlassen immer mehr

Besitzer von Goldschmuck, diesen in Bargeld umzutauschen. Der aufgekaufte Schmuck wird in Goldbarren geschmolzen und in 25-kg-Paketen ins Ausland geschmuggelt.

Obwohl es keine exakten Zahlen gibt, vermuten Experten, daß es in der Türkei einen Privatbesitz an Goldschmuck im Werte von 22,5 Md. Dollar gibt, genug um mit einem Schlag die gesamten Auslandsschulden der Türkei, die sich zur Zeit auf 16 Md. Dollar belaufen, zurückzuzahlen. (14/2)

#### OYAK-RENAULT PLANT DEN EXPORT VON 2000 AUTOS FÜR 1980

ANKARA (ITA) - Die OYAK-Renault-Werke, die sich im Besitz der OYAK-Holding-Gesellschaft türkischer Armeeoffiziere befinden (vgl. BULLETIN, Juni 1978), haben für 1980 vor, 2000 Autos zu exportieren. Auf einer Pressekonferenz anlässlich des zehnten Jahrestags der Gründung der OYAK-Renault Autowerke sagte der Vorstandsvorsitzende Professor Dr. Ali Bozer, daß 42% der insgesamt 403 000 in der Türkei hergestellten Autos Fahrzeuge des Fabrikats Renault seien.

OYAK-Renault wurde 1969 mit einem Kapital von 50 Millionen TL gegründet; davon stammen 42% aus dem Gemeinsamen Unterstützungsfond der Streitkräfte (OYAK), 40% gehören den französischen Renaultwerken, die restlichen Anteile werden von verschiedenen türkischen und französischen Firmen gehalten. Das Firmkapital beträgt heute 635 Millionen TL.

Die Lieferung von 700 Autos in verschiedene afrikanische Länder ist bereits angelaufen.

Im vierten Fünfjahresplan der Türkei ist für 1980 eine Automobilproduktion von 45 000 Stück vorgesehen; davon sollen allein 21 000 von OYAK-Renault gebaut werden. (DN-DG-3/1)

#### WEITERE ANREIZE FÜR AUSLÄNDISCHES KAPITAL IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Am 25. Januar 1980 traten neue Vorschriften für die Investition ausländischen Kapitals in der Türkei in Kraft, die eine radikale Veränderung der bisherigen Regelungen bedeuten; zur Abwicklung wurde ein Sonderamt, das dem Premierministerium untersteht, eingerichtet.

Nach den neuen Vorschriften können ausländische Geldgeber in folgenden Wirtschaftsbereichen investieren: Landwirtschaft, Bergbau, Lebensmittelindustrie, Textilien und Konfektionsherstellung, Forstwirtschaft, Chemieindustrie, Eisen- und Stahlindustrie, nicht-ferrische Metallindustrie, Fahrzeugbau, Metallgüterindustrie, Industrie- und Elektromaschinenbau, Dampf-, Wasser- und Gasturbinenbau, Meß- und Kontrollinstrumente, optische Geräte und Zubehör, Elektronik, Flugzeug- u. Hubschrauberbau, Dieselmotorbau.

Da ein Teil der Gesamtproduktion für den Export bestimmt ist, werden die ausländischen Investoren vielfältige Vorteile haben durch Zollfreibeträge, Investitionsabzüge, usw.

Die Leiter der Auslandsmissionen in Ankara haben im allgemeinen positiv auf die neuen Bestimmungen reagiert, wiesen jedoch auf einige weiterhin unbefriedigende Einzelpunkte hin. Erfahrene Diplomaten befürworteten beispielsweise eine fünf- bis sechsjährige Steuerbefreiung, mit der die Regierung ausländische Investitionen weiter beschleunigen könnte. Sie drückten die Hoffnung aus, daß das hierfür eingerichtete Sonderamt im Premierministerium in der Zukunft für weitere Anreize und Verbesserungen sorgen wird. (DN-M-C-DG-1/3)